

Polen und die Friedensbewegung

Drei Erklärungen der Grünen aus Anlass des Kriegsrechts in Polen

Dokument 1¹

Die GRÜNEN zur Lage in Polen

Bonn, den 14. Dezember 1981

Mit großer Betroffenheit haben die GRÜNEN die Verhängung des Ausnahmezustands in Polen zur Kenntnis genommen. Die GRÜNEN wenden sich mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch, die demokratischen Entwicklungen mit polizeilichen oder militärischen Mitteln zu unterbinden, sei es in der Türkei oder sei es in Polen.

Die GRÜNEN verurteilen die Verhaftung von Mitgliedern der Gewerkschaft Solidarität und der Bürgerrechtsbewegung und fordern die Aufhebung des Kriegsrechts und die sofortige Freilassung aller Festgenommenen.

Genauso aber geht unsere Forderung an die Westmächte und vor allem an die Bundesrepublik wie auch an die UdSSR, jede Einmischung in Polen in dieser angespannten Lage zu unterlassen.

Die beste Unterstützung für die Unabhängigkeitsbestrebung von Bürgerrechtsbewegung der Staaten des Ostblocks ist es, wenn die europäischen Staaten des Westens selber konkrete Schritte für die Auflösung der Blocksysteme unternehmen.

Unsere Verbundenheit mit dem polnischen Volk in dieser Stunde wird auch ihren Ausdruck finden in einem verstärkten Einsatz für die Auflösung der Blöcke, gegen die Aufrüstungspolitik und für einen von den Supermächten unabhängigen eigenständigen Weg aller Völker Europas.

Die GRÜNEN ziehen aus dem was sich in Polen abspielt die Schlußfolgerung, daß eine Gesellschaft in gleicher Weise wie sie die Demokratisierung vorantreibt auf die gewaltfreie Verteidigung des gesellschaftlichen Wandels vorbereitet sein muß.

Wir drücken in diesem Augenblick die Hoffnung aus, daß die gewaltlose Politik der Bürgerrechtsbewegung fortgesetzt werden kann und letztlich doch zum Erfolg führt.

¹ Quelle: Presseerklärungen 1981. Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand B.I.1 - Die Grünen (1980-1993), Sign. 303.



Logo von Solidarność

Dokument 2²

Beschluss des Bundesvorstandes zum Tagesordnungspunkt «Polen»

Auf der Grundlage der Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung (Okt. 1981) in Offenbach (Solidaritätsresolution an Solidarnosc³, Friedenspolitische Initiativen anl. des Breshnew-Besuchs, Friedensmanifest etc.)⁴, unter Einbeziehung des BHA-Beschlusses vom 5./6.12.1981 in Darmstadt, leiten die Grünen folgende Schritte ein:

1. Herstellung einer umfassenden Solidaritätsbewegung zugunsten der Bürgerrechtsbewegung und der Solidarnosc in Polen. Hierzu suchen die GRÜNEN die Zusammenarbeit mit relevanten Teilen der unabhängigen Friedensbewegung, kirchlichen Gruppen, autonome Gruppen, dem BBU, der AL Berlin, den Jungdemokraten, den Jungsozialisten, dem Sozialistischen Büro, den Komitees «Solidarität mit Solidarnosc» und weiteren an einer breiten Solidaritätsbewegung interessierten Gruppen und Personen.
2. Erarbeitung eines politischen Aufrufs zur Solidarität mit der sozialen Emanzipationsbewegung in Polen.
3. Die Organisation einer Sammlung von Geld- und Sachspenden sowie von Medikamenten und Lebensmitteln zugunsten der Solidarnosc und der polnischen Bevölkerung.
4. Zusammenarbeit mit den in Westeuropa im Exil befindlichen Solidarnosc-Mitgliedern auf politischer Ebene und zur Verteilung der gesammelten Mittel und Spenden in Polen.
5. Veranstaltungen mit Solidarnosc-Mitgliedern vor Ort, wobei die Kreisverbände der GRÜNEN als (Mit-) Veranstalter fungieren.
6. Voraussetzungen zu schaffen für eine bundesweite Demonstration einschließlich ihrer Durchführung Mitte/Ende Januar in Köln. Die GRÜNEN werden sich bemühen, dieser Demonstration ein neues Gesicht zu geben.

(Beschluss des Bundesvorstandes der GRÜNEN am 20.12.1981).

² Quelle: Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der Grünen vom 19.12./20.12.1981, Bonn, Bundesgeschäftsstelle. Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand Petra-Kelly-Archiv, Sign. 978.

³ Im Original hier und im Folgenden durchgängig «Solidarnosc» statt «Solidarność».

⁴ Ein einzelner Bindestrich gelöscht.

Dokument 3⁵

Beschlüsse zur Frage von Bündnissen der GRÜNEN angesichts der Entwicklung in Polen.

Es wird in einem Rundschreiben an die KV's die Ansicht des BuVo mitgeteilt:

1. Die Haltung der GRÜNEN zu der Entwicklung in Polen ist eine grundsätzliche Frage, die bestimmend ist für alle laufenden und zukünftigen Aktions- und sonstigen Bündnisse.
2. Diese Haltung wird bestimmt durch
 - a) die Ablehnung jeder Militärdiktatur und jedes militärisches Eingreifen in emanzipatorische Entwicklungen.
 - b) die Befürwortung emanzipatorischer Entwicklungen, wie sie in Polen sichtbar wurden in Richtung basisdemokratischer, selbstbestimmender Strukturen.
 - c) die Ablehnung der Bevormundung in den Blöcken und die Zielsetzung einer atomwaffenfreien, blockfreien Zone in Mitteleuropa (von Skandinavien bis Griechenland).
3. Die Einschätzung des BuVo zum polnischen Widerstand in seiner Bedeutung für die Entwicklung von Konzepten Sozialer Verteidigung.

(Beschluß des Bundesvorstandes der GRÜNEN am 20.12.1981).

5 Quelle: Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der Grünen vom 19.12./20.12.1981, Bonn, Bundesgeschäftsstelle. Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand Petra-Kelly-Archiv, Sign. 978.